

Dresdner Volkszeitung

Verleihort: Leipzig.
Gedenktag: 1. November.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffort: Gebr. Erichsen, Dresden.

Aboabonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Geschäftliches Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen zweimalig 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.6.30. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsbüro 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zeitungsbüro 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abonnementen werden die 7 geprägten Seiten mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt erhoben, ebenso auf Vereinbarungen. Abonnierte müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorraus zu begleiten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 55.

Dresden, Donnerstag den 7. März 1918.

29. Jahrg.

Die Einmischung in Finnland.

Auch die linksliberale Frankfurter Zeitung äußert schwere Bedenken gegen die deutsche Intervention in Finnland. Sie führt folgendes aus:

Der Sekretär des Auswärtigen Amtes hat sich im Hauptzirkular darauf berufen, daß aus Finnland "Hilfe zu uns ergehen und denen wir folgen werden", Artikel VI des mit Russland abgeschlossenen Friedensvertrages weist auf die Möglichkeiten der Durchführung einer solchen Hilfeleistung hin. Er verpflichtet die russische Regierung, Finnland zu räumen und jetzt für die Beführung der Flotte, die noch im Fjord steht, bestimmte Sicherungsmaßnahmen fest. Eine gewisse Freiheit zur "echten" Durchführung dieser Räumungsmaßnahmen wird natürlich bewilligt werden müssen. Dass sie durchgeführt werden, das wird Deutschland selbstverständlich überzeugen und dann könnte auch eine militärische Mission nach Finnland nötig werden, für die in der Befahrung der Fjordküsten eine Etappe geschaffen ist. Aus den Stockholmer Redaktionen erfuhr man aber, der deutsche Gesandte habe erklärt, es reiche die Absicht, "auf Verlangen der finnischen Regierung" Truppen zur Unterdrückung der in Finnland bestehenden Revolution zu senden. Ein solches Vorhaben erfordert in der Tat nicht unbedingt. Ein deutsches Interesse, was dazu zwingen würde, vermögen wir jedenfalls nicht zu erkennen.

Die Lage in Finnland ist nicht ohne weiteres mit der in der Ukraine gleichzustellen. Dort haben Deutschland und Österreich-Ungarn durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages eine moralische Pflicht auf sich genommen; die Sicherung der Betriebsfreiheit und der Möglichkeit ihrer Ausfuhr bietet auch materiell Grund genug zu einem Einschreiten des der ukrainischen Regierung die Möglichkeit gibt, den Vertrag zu halten. Bei der Regelung des finnischen Angelegenheiten entfallen beide Gründe, sobald wir die Räumung durch die belietzowitsch'schen russischen Truppen durchsetzen wollen. Nicht selbstverständlich erscheint und die Auffassung, daß die "Weiße" Regierung nach der letzten finnischen Wahl zu Recht besteht, so daß eine Hilfeleistung an sie, die Unterdrückung eines gemeinschaftlichen Aufstandes bedeuten würde, was keinesgemeindig als die Aufgabe der Bandenregierung gilt, die keine fremde Hilfe angeworben pflegt. Der Nachschub ist in Überfluss Beben. Finnland seit der russischen Revolution aufs schwerste erschüttert. Auch von bürgerlicher Seite wurde in Finnland die Rechtmäßigkeit der von Kreisfests Regierung bestätigt und die Lösung des alten Bandes angekündigt, dessen sozialistische Weisheit vermutlich jetzt die "Weiße" Regierung in Helsingfors unterstützt. Diese Regierung ist durchaus nicht etwa ein bloßer Abfall der sozialdemokratischen Gewaltschafft in Petersburg; ihr gehören gewagte Hilfen aller sozialistischen Gruppen Finlands an, so daß vermutlich ein großer Teil des finnischen Volkes in ihr das rechtswähige Organ der staatlichen Souveränität erblidet und eine der "Weißen" Regierung geleistete Hilfe als fremde Einmischung und Voreinnahme betrachten würde. Diese Bedenken werden wohl auch im Reichstag selber noch erhoben werden.

Wie hoch im übrigen die sich auf die Weiße Garde äußende Regierung in Wasa einzuschätzen ist, ist daraus ersichtlich, daß sie zur Herstellung ihrer Macht fremde Truppen ins Land ruft, daß sie fremde Truppen gegen die eigenen Verbündeten marschieren läßt. Denn um eine Säuberung des Bodens von russischen Soldatenhorchen kann es sich nicht mehr handeln, nachdem die Petersburger Regierung den Rückmarsch dieser Truppen angeordnet hat.

Nach der linkssozialistischen Zeitung Politiken, wurde am 1. März im Smolny-Institut ein Vertrag unterzeichnet, der die Beziehungen zwischen Russland und Finnland ordnet. Russland tritt also unbedingte Eigentum an, die Gebäude, Fabriken, Telegraphen, Eisenbahnen und Festungen sowie die Gebiete am Fjord. Finnland tritt die Eisenbahn von Vaasa-Joensuu bis Petersburg ab sowie die Telegraphenlinien nach Russland. Die Festung Ino wird russisch. Russland verleiht den finnischen Arbeitern alle Rechte und Finnland verschafft den Russen Erledigungen. Außerdem zieht Russland sofort seine Truppen aus Finnland zurück. Das Telegramm ist unterzeichnet von der Abteilung des finnischen Polizeikommissariats für auswärtige Angelegenheiten.

Zum W. T. V. handelt es sich offenbar um einen Vertrag zwischen den russischen und finnischen sozialistischen Gegenseitigkeiten in Helsingfors. Wie Alva Dogliati Allehandra erfährt, soll zwischen den schwedischen Jungsozialisten und der revolutionären Regierung in Helsingfors ein förmliches Abkommen getroffen worden sein, um in Schweden mit finnisch-russischer Unterstützung im Anschluß eine Revolution zu ermöglichen. Danach sollten die Parteifreunde in Schweden von ihren finnischen und russischen Genossen durch eine Flottenunterstützung werden, sobald die Ostsee fahrbare wird. Der Russse Komenjew bleibt sich in Stockholm auf, um die Möglichkeiten für das geplante große Unternehmen zu untersuchen und außerdem Goldmittel für die Vorbereitungen zur Versöhnung zu stellen. — Schon glaubhaft klingt diese Meldung nicht.

Schweden lehnt eine Einmischung ab.

In Stockholm, 6. März. Der Ministerpräsident gab in der zweiten Kammer Antwort auf die von Thoré (Modernepartei) eingeforderte Unterredaktion über die Absichten der Regierung, das Landen zu helfen, die auf die Inseln im finnischen Meer zuwandern gönnten. Der Ministerpräsident erklärte, daß er nicht davon verstehe, was der Interpellant beabsichtige. Falls er eine besondere Intervention wünsche, so könne ihm die Regierung nicht be-

friedigen. Durch das Eingreifen des schwedischen Geschäftsträgers in Helsingfors seien irgendwelche einzelnen Ortschaften gute Ergebnisse erzielt worden. Man hoffe, solche auch anderweitig erzielen zu können. Viele Flüchtlinge hätten sich den Noten Garde gesangengegeben und würden als Kriegsgefangene nach internationalem Recht unter der Kontrolle der schwedischen Gewandschaft behandelt werden. Die Regierung sei bereit, auf diese Weise jedem Gruppe von Finnländern, die sich in Notlage befinden, zu helfen.

Der Intervallant teilte die Regierung, deren Politik in Finnland eine düstere Stimmung gegen Schweden erzeugt habe. Schweden hat uns verraten, sage man. Es müsse bewiesen werden, daß dies nicht wahr sei. Graf Hamilton, der jetzige Führer der Linkspartei, möchte dem Intervallanten den Vorwurf, daß er Schweden in den Krieg zwingen wolle, und damit der Regierung für ihre Haltung und Handlungsmethode. Der Linkspolitiker Mannion forderte die Regierung auf, ihren großen Verbündeten Truppen nach Russland zu senden, dadurch wieder gutzumachen, daß sie diese Truppen jüngst zurückberufe.

Der deutsche Gappensplatz.

Berlin, 6. März. (Amtlich.) Ein gut Einrichtung eines Gappensplatzes für die Hilfsflüchtlinge nach Finnland bestimmter Teil unserer Seestreitkräfte hat am 6. März nachmittags bei Seroe auf den Bahnhofsviertel geantert.

Entschädigung in Beharabien.

Der gestern veröffentlichte Vorfriedensvertrag mit Rumänien kann in den großen Umrissen als der kommende Friedensvertrag von Bufrest angesehen werden. Die wichtigste Bedingung der Verbindlichkeit bleibt die Abtreitung der Dobruja. Als Pflicht auf die Wunde wird den Rumänen von bulgarischen Nationalistenblöcken eine Entschädigung mit beharabischem Gebiet in Aussicht gestellt. Wenn Beharabien im Vertrag noch nicht genannt wird, so wohl nur deswegen, weil der Bündnis es Rumänien überlassen will, die beharabische Frage mit Russland zu regeln. In Beziehung zu dieser Frage steht Artikel 5:

"Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Arme zu demobilisieren... Sobald auch zwischen Russland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Arme demobilisiert, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden."

Die acht Divisionen, die jetzt demobilisiert werden müssen, sind diejenigen Reservekräfte, die gegenwärtig in der rumänischen Front, am Sereth, stehen. Rumänien kann die übrigen Teile seiner Arme unter den Waffen lassen, bis es Beharabien erobert und gegen die Russen geschützt haben wird. Dies ist der Sinn dieses Punktes!

In wirtschaftlicher Hinsicht würde der Friede mit Rumänien den mit der Ukraine ergänzen. Rumänien soll sich verpflichten, den Mittelmächten alle erdenkliche Förderung angedeihen zu lassen, damit der Eisenbahnhafen noch Odessa so früh wie möglich in Gang kommt. Odessa ist der große Getreideausfuhrhafen des südlichen Russlands, insbesondere der Ukraine. Die Mittelmächte verfolgen also weiter planmäßig die Politik, die auf Sicherung von Nahrungsmittelauflieferung und Rohstofflieferung hinausgeht. Die innere Verfaßung Rumäniens wird durch den Frieden nicht berührt.

Weder die Frage eines Thronwechsels noch die lange mißachteten Rechte der rumänischen Juden werden in den Vorbedingungen auch nur genannt. Man muß abwarten, ob hier die endgültigen Friedensbedingungen eine Ergänzung bringen.

Das Schiff der französischen Offiziere in Rumänien.

Gent, 7. März. Bis gestern berichtete in Paris Ungeachtet über die Bestimmung der französischen Offiziere, die mit General Verlaine das rumänische Heer reorganisieren lassen. Nach heutige Meldungen bleiben diese Offiziere ohne militärische Funktionen im Moldau-Gebiet, bis die französische Regierung über ihre Verwendung außerhalb Rumäniens Anordnungen getroffen hat.

Der neueste Brief Lansdownes.

Die meisten Londoner Blätter geben den neuesten Brief Lansdownes ohne jede redaktionelle Bemerkung wieder. Die einzige Ausnahme bildet der Evening Standard, der meint, für diesen zweiten Brief liege kein Anlaß vor. Die wahre Bedeutung Englands habe der Friedensschluß mit Russland gezeigt. Man könne sich denken, was es von Belgien verlangen werde.

Der Ritterliche Ritterzeitung Courtier berichtet aus London: Minister Goettz führt ausdrücklich des jüngsten Briefes von Lansdowne aus: Wir geben zu, daß wir den Annäherungsversuchen unserer Gegner entgegenkommen könnten, wenn wir dabei von ihrer Loyalität überzeugt sind. Unglücklicherweise verlieren sie aber unter jedem Wort, das sie unserem Werkzeug entnehmen, etwas anderes, was offenbar zu unserer Ansicht in diesem Vertrag spricht. Lansdowne schreibt, indem er seine Auferksamkeit auf dasselbe lenkt, was Goettz über den Westen sagt, zu dem-

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den

7. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nordwestlich von Digmuiden brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Schützen drei Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein. Die Artillerieaktivität lebte in vielen Abschüssen auf. Mehrfach wurden englische Erkundungsversuche abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit. Nordwestlich von Woosout drangen Stoctruppen tief in die französischen Stellungen ein und setzten noch heftigem Kampf und nach Zerstörung zahlreicher Unterstände mit 27 Gefangenen zurück.

Im Luftkampf wurden gestern 10 feindliche Flugzeuge und zwei Fliegeraborte abgeschossen.

Hauptmann Ritter von Taitsch errang seinen 26. Luftsieg. Durch Bombenabwurf englischer Flieger auf ein Lazarett in Tourcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

jenigen, was Herrlings Herren auf der anderen Seite im Osten tun. Wir sehen, daß Russland im Namen der Selbstbestimmung rücksichtlos zerstört wird von denjenigen, welche des Selbstbestimmungsrecht für die Einverleibung zum Vorwand nehmen. Sie schreien nie in das internationale Abkommen ein, das Landsmann und wir alle wünschen. Wir können nirgend einen Zweck dafür entdecken, daß die Deutschen jene Politik vertragen, welche in die Zukunft nicht und aufrichtig wünscht, daß sie selbst auf der Grundlage des Rechts neu aufgebaut werden soll. Statt dessen sehen wir eine dunkle Zukunft für Russland ausspielen, welche für die nächste Generation eine größere Gefahr ist, und welche die Sowjet nicht zu einem, sondern zu einem halben Dutzend Wiederbergangstreitigen erhält. Wenn wir unsere Söhne über jenen Teil von Europa schweifen lassen, sehen wir, daß Deutschland durch seinen militärischen Sieg offenbar vergessen ist und daß bei seinen Staatsleuten nicht das Würde von jener gefundenen Vernunft zu entdecken ist, welche Bismarck zeigte, der nach Sadowa einen gemäßigten Frieden mit Österreich abschloß und im Jahre 1871 seinen Einzug, unglaublichweise vergleichbar, gegen die Einverleibung Elsaß-Lothringens in die Weißschule machte. Möglicher, daß Deutschland, nachdem es sich durch Russland gefährdet und aus dem eigenen Küsten eine Füder, von Urculan und Schwertwagelen geladen hat, die aufrichtet, um es bis zur nächsten Generation zu beschützen, bereit sein wird, einen Frieden im Westen zu schließen unter Bedingungen, welche die Entente entgegenkommen werden, und daß die Westmächte zufrieden sein können mit einer soliden Kombination, welche im westlichen Teil Europas eine Schranke gegen die preußische Tyrannie sein wird. Aber wenn das das notwendige Ende wäre, so müssen wir und keinen Illusionen hingeben oder annehmen, daß wir einen der vier Grundlagen der internationalen Auslösung, die Landsmann und wir alle fordern, durchgeführt haben.

Eine neutrale polnische Truppe.

Aus Warschau wird gemeldet: In Warschau ist eine Abordnung von Offizieren des Corps des Generals Muenich eingetroffen, um mit dem Regimentskommandeur Verbindung zu suchen und ihm die Wünsche des polnischen Korps zu unterbreiten. Diese Verhandlungen, die im Einverständnis mit dem Generalgouvernement vor sich gehen, behandeln die Frage, wie das polnische Korps nach Friedensschluß als Cadre der künftigen polnischen Armee dienen soll. Die Rückfrage beruht auf der Vereinbarung, die am 25. und 26. Februar in Bobruisk zwischen General Muenich und dem Bevollmächtigten des Oberbefehlschafers der deutschen Streitkräfte, Major v. Wulffen, im Generalstab des Generalgouvernements in Warschau abgeschlossen worden ist. Nach der Vereinbarung, die von der Deutschen Warschauer Zeitung im Vorabtou veröffentlicht wird, ist das polnische Korps eine neutrale Truppe, der ein näher umgrenztes Gelände zur Sicherung gegen bolschewistische Anschläge zugewiesen wird. Das polnische Korps kämpft nur, wenn es in diesem Gebiete angegriffen wird, und ist in diesem Falle dem deutschen Oberbefehl unterstellt, sofern deutsche Truppen an der Abwehr des Angriffs beteiligt sind. Auf dem Gefechtsfelde führt der dienstälteste deutsche oder polnische Offizier das Kommando. Der Durchmarsch deutscher Truppen durch das Gebiet ist jederzeit gestattet. Wulf wird bis zum 27. Februar von den polnischen Truppen geräumt. Das polnische Korps besteht mit entsprechend starken Kräften die Bahnhofspunkte Zlobin und Mohilew. Unter polnisches Korps mit das erste polnische Korps und diejenigen Angehörigen anderer polnischer Korps verstanden, die sich dem Befehl des Kommandeurs des ersten polnischen Korps unterstellt haben. Die Rückkehr deutscher Gefangener nach Deutschland ist mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Vertrag tritt sofort in Kraft.

Die Petersburger Abendblätter bestätigen den Beschluß der Regierung, trotz der Unterredigung des Friedens mit der Verlegung der Staatskunststätten nach Rossau,

Donnerstag den 7. März 1918

Dresdner Volkszeitung

Seite 1

Butterverteilung.

§ 1. Montag den 11. und Dienstag den 12. März 1918 werden beliebt:

- die angemeldete Landesfettstättler der Stadt Dresden, Würz C° mit $\frac{1}{2}$ Pfund Butter und
- der angemeldete Butterbezugschein mit 80 vom Hundert mit Margarine.

§ 2. Der Kleinhandelskreis berechtigt für Butter 4.00 M. für 1 Pfund, 2.00 M. für $\frac{1}{2}$ Pfund, 1.00 M. für $\frac{1}{4}$ Pfund, 50 Pf. für $\frac{1}{8}$ Pfund, für Margarine 2.00 M. für 1 Pfund.

Dresden, am 6. März 1918. [S 57]

Der Rat zu Dresden.

Soz. Verein Dresden-A.

Freitag den 8. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

Gruppen-Versammlungen

in den bekannten Lokalen.

Tages-Ordnung:

Vorstandsbereich. — Neuwahlen.
[S 447]

Der Vorstand.

B. G. Klotzsche Rähnitz.

Sonnabend den 9. März, abends 8 Uhr

der Sitzung.

Das Eröffnen aller Delegierten und Gemeinderatsmitglieder ist dringend erwünscht.

Turnerschaft Pieschen.

Sonntag den 10. März im Gasthof Goldene Krone. Nachtheil

Unterhaltungsabend

Bestehend in Theater und musikalischen Darbietungen. Zur Aufführung gelangt: **Die große Unbekannte**.

Schauspiel in vier Akten von Kneifel.

Eintritt 5 Uhr. [W 277] Anfang 6 Uhr.

SARRASANI

Allabendlich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Sonnabend, Sonntag, Mittwoch auch 3 Uhr. Nachmittags zahllose Kinder halbe Preise. Die Vorstellung am Sonnabend-Umzugstag ist da der Andrang auf das Umzugsfest weniger stark, besonders empfehlenswert. Vor- und Rücken-Kaufhaus von 9 bis 5 Uhr und an der Circuskasse von 10 bis 5 Uhr ununterbrochen. Telephonische Billettbestellungen werden nur ab 10 Uhr morgens und nur auf Parkett- u. Logenplätze entgegengenommen. In jeder Vorstellung das große, weltberühmte Schauspiel: „Torpedo-rios“ und der neue Spielplan. U. a.: Leo und Conrad, die beiden einheimischen „Krobaten“, Herr und Frau Blässling, Deutschlands vornehmste Kraftkünstler, Dalmatinerische Tänze usw. usw. — Karneval-Träger: Allabendlich 7 bis 11 Uhr. Stimmungs-Abende. [S 50]

KAMMER.



LICHTSPIELE
WILSDORFER
STRASSE 29

Bernd
Aldor

Des Goldes Fluch.

Ein Drama nach Motiven Strandbergs

5 Akte.

Sensationell! Spannend!

In der Hauptrolle:

Bernd Aldor.

[S 175]

Weichfutter für Geflügel.

Dresdner Geflügelhalter können getrocknete Küchenabfälle zum Preis von 34 Pf. für das Pfund durch die bekannten Unterverteilungsstellen der Futtermittelverteilungsgesellschaft beziehen. Bei den einzelnen Geflügelhaltern werden bis zu 20 Pfund abgegeben. Die Vorlegung eines Bezugscheines ist hierzu nicht erforderlich.

Dresden, am 6. März 1918.

Der Rat zu Dresden.

Zentralhalle

Eingang Fischhofplatz

Morgen Freitag, den 8. März, von 7 Uhr an

Gr. Militär-Konzert

aufgeführt von der Kapelle des Erfurter Bataillons des Schützen-Reg. Nr. 108 unter persönl. Leitung des Reg. Musikkönigels N. Helbig. [B 3398]

Potschappel! Gasthof

Frohe Schicht!

Sonnabend den 9. März, abends 8 Uhr

Zuchthäuslerin 5553

Aus meinen Kriegserlebnissen in Frankreich

vorweg Pg. van Brakel [W 51]

Aus dem Inhalt: Paris bei Kriegsausbruch. Als Attaché am Pariser englischen Militärkonsulat. Entkommen deutscher Flüchtlinge im französischen Zuchthaus. Unter der Anklage des Spionage. Wie Deutschland das Johanniterkreuz findet. Ein Polizeigefängnis mit dem Pariser Auswurf. In zwei Jahren Reiter verurteilt. Zuchthäuslerin Nr. 5553 in Remus. Geheimerter Fluchtversuch. Im Militärzuchthaus. Beglückter Flucht. Einführung zu 50 Pf. nur im Vorhangslokal. Um zahlreichen Besuch bitten.

Rechtshüterverband Potschappel und Döhlen.

Buchdruck-Maschinemeister

Ihr Schnellpresse und Vierfarbdruck,

Lotter, selbständiger Arbeiter, zu möglichst sofortigem Antritt gesucht.

Angebote erbitben

Höntsch & Co.

Abteilung Buchdruckerei

Dresden-Niederlößnitz [S 23]

Dreher u. Schlosser

sofort gesucht.

„Universelle“

Zigarettenmaschinen-Fabrik J. C. Müller & Co.

Dresden-N. 28, Tharandter Str. 17. [S 19]

Werkzeugschlosser, Dreher

Geschoßarbeiter u.-arbeiterinnen

in dauernde Beschäftigung nach [S 248]

Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig I. Sa.

Gelernte Dreher

u. kräftige Transportarbeiter

zu sofortigem Antritt gesucht. [S 248]

Einige Dreherlehrlinge

werden noch angenommen. Gebr. Ges., Zwickau Et. 27

Werkzeugschlosser

der bestählt ist, Werkzeugausgabe zu leiten, suchen [S 11]

Händel & Reibisch, G. m. b. H., Tharandter Strasse 48.

Gelernte

Dreher, Schlosser und Mechaniker

sofort gesucht.

Einsteller

1. Sitz. Autom. gef. Munitionswerk Richter, Augenze

Strasse 1, bei der Halbenbrücke. [S 85]

Kroniechberggürtler

sucht G. R. Richter, Kroniechbergfabrik, G. m. b. H.

Amalienstraße 19. [S 86]

Erdarbeiter

sucht Bratfisch, Kesselsdorfer Straße 57.

Zu melden morgen Freitag, früh 7 Uhr. [S 28]

Tüchtigen Heizer

stellt sofort ein
Fr. Köttner, Kunstseiden-Spinnerie

Pirna a. d. Elbe, Lehnmühle. [S 841]

Former - Lehrlinge

für Männer werden angenommen

Friedrichs, Zittau, Eisen und Stahlwerk

Dresden-A., Lößnauer Straße 51/55. [S 244]

Das Lohnbuch zu Steuerzwecken

mit praktischen, leichtverständlichen Erläuterungen

zum sog. Sachlichen Einkommensteuergesetz

vom H. Wolfram

Der beste Schuh vor Steuerüberschreitung

Unentbehrlich

für Lohn und Gehalt empfohlene Steuerzahler, im besonderen für die mit schwankendem Lohnneinkommen.

Preis 40 Pf.

Zu begleichen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz Nr. 10

Linoleum-

Rolleware, Läufer, Teppiche

Kissen

moderne Muster

Einkaufsbeutel

in großer Auswahl

Wachstuch

in verschiedenen Breiten

[S 165]

Bohnerwachs

hell, in fester Form, usw. empfiehlt

Ernst Pietsch

Dresden-A., Moritzstr. 17.

Der entfesselte Riese

Roman von Saudel, 1.50 M. Volksbuchhandlung.

Sanitärer

Bedarf für Kranken- und

Wohndrogerie. [S 15]

Frau Auguste Kränkel geb. Böh

Beute morgens im Alter von 58 Jahren gestorben

[S 380]

in Edelsteinen ist.

Dresden, Auguststraße 6, III., am 8. März 1918

Im tiefsten Schmerz:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 10. Mär

zum 1½ Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof, bei

der Leichenhalle an der Friedhofstraße 10.

Der bestreitbare Preis ist 100 Mark.

Gegebenenfalls ist eine Beisetzung in einem anderen Friedhof möglich.

Die Trauerfeier ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Die Beerdigung ist auf dem Friedhof.

Die Beisetzung ist auf dem Friedhof.

Donnerstag den 7. März 1918

Sächsische Angelegenheiten.

Ehemalige und laufende Teuerungszulagen.

In der Dienstagsitzung der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer gab es zunächst eine Überraschung. Der Regierungsvorsteher kündigte an, daß die Regierung noch vor der parlamentarischen Sitzung am 18. März im Zusammenhang mit der jetzigen Vorlage eine Ergänzung derselben in Gestalt der Erweiterung der laufenden Teuerungszulagen nach Maßgabe der gleichwertigen Blätter des Reiches und Preußens zu verabschieden hoffte. Die sächsische Regierung werde dabei den besonderen wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen Sachsen's Rechnung tragen. Die Frage, ob auch die Staatsarbeiter in die neue Vorlage einbezogen werden, ließ die Regierung vorläufig noch offen. Sicherwohl kann man diese Anländigung mit Genugtuung begrüßen. Sie auch für die Staatsarbeiterchaft entsprechend ausbringend zu gestalten, ist dann Aufgabe der gehörenden Vorwerke und insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion.

Bei der Weiterberatung der ehemaligen Teuerungszulagen verhielt sich die Regierung im allgemeinen zu den Anträgen der sozialdemokratischen Vertreter auf Einbeziehung der Staatsarbeiterchaft und Staffelung der Teuerungszulagen auf 300 M. bis 2400 M. Einkommen, 250 M. bis 1800 M. und 200 M. bis 6000 M. Einkommen abliefern. Sie möchte ursprünglich auch nichts von der Erhöhung der Bezugsgrenze auf 300 M. bei Verbleibsetzen mit Kindern wissen, aber der Widerstand war nicht so intensiv, als daß er einer strikten Ablehnung ähnlich gewesen wäre.

Die ehemaligen Teuerungszulagen für die Schulzulagen auf die Staatskasse zu übernehmen, lehnte die Regierung gleichfalls ab, weil sie befürchtet, daß sie auch die nachfolgenden laufenden Teuerungszulagen mit übernehmen möge, ein Vorgang, der sowieso eintreten und mit dem sich die Regierung früher oder später absindet wird und muß. Ebenso wurde jede weitere Ausdehnung der Vorlage auf Beamten-Altpensionäre sowie auf die Rentenempfänger der Pensionskasse B sowie der staatlichen Berg- und Hüttenarbeiter und deren Witwen unter den fadenscheinigsten Gründen abgewiesen. Besonders charakteristisch war ein Vorgang, der ja recht die schwierige Stellung der sächsischen Regierung in der Teuerungszulagenpolitik beleuchtet. Bei der Besteuerung der Teuerungszulagen gab der Finanzminister in der Konferenz der Nationalversammlung an, daß diese Zulagen nach dem Kriege in Südsachsen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse wohl schwerlich wieder von der Bildfläche verschwinden dürften. Diesen Gedankengang sprach der Geh. Rat Dr. Gericke auch am Dienstag insofern aus, als er zugab, daß diese Zulagen noch im Kriege wohl in die Gehälter übergehen dürften.

Von unseren Genossen darauf festgenagelt und mit Genugtuung begrüßt, daß die Zulagen nicht nur steuerlich, sondern auch rein materiell ein integrierender Bestandteil der Gehälter und Löhne würden, bleibten sich die Regierungsvorsteher schleunigst den Rückzug anstreben und erklärten: so hätten sie das nicht gemeint! Aber es wird so werden.

Höchst einfach sahle der Vertreter der Staatsseisenbahndirektion, Obersinnsrat v. Weegeius, die Richtigkeit der ehemaligen Teuerungszulagen an die Eisenbahnarbeiter zu begründen. Er erklärte ganz klug und trocken: Nach Ansicht der Staatsbahndirektion liege ein dringender Anlaß zur Gewährung dieser Zulagen an die Eisenbahnarbeiter nicht vor. Er begründete diese merkwürdige Fürsorge mit dem Wechsel des Hilfspersonals und den weiterenholten Zulagen an die Arbeiter, die 13 Millionen Mark bis jetzt betrugen und mit den außerordentlichen Teuerungszulagen auf 26 Millionen Mark sich begünstigt. Trotz allem blieben die Arbeiter immer noch gegen 200 bis 300 M. hinter den Beamten in der 6. Gehaltsklasse zurück. Ohne den üblichen Ausmarsch der historischen Paradeschau ging's natürlich auch diesmal nicht ab. Unsere Genossen sagten darob der Regierung, was nötig war.

Der Finanzausschuss schritt am Mittwoch zur Beschlusssitzung über die Anträge. Die Erhöhung der Bezugsgrenze auf 7800 M. bei Verbleibsetzen mit Kindern wurde gegen 6. der sozialdemokratische Antrag auf Einbeziehung der Arbeiter in die Gewährung der ehemaligen Teuerungszulagen gegen 2 Stimmen angenommen, der sozialdemokratische Staffelungsantrag gegen 7 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Dr. Gericke auf Erhöhung der Zulagen auf 250 M. und für die Kinder auf je 25 M. gegen 4 Stimmen angenommen. Damit ist zum großen Teil das erreicht, was der sozialdemokratische Antrag bezeichnete. Der Ausschuss legte den Sitztag für die Gewährung der Zulagen auf den 1. Dezember 1917 bzw. 1. April 1918 fest. Weiter wurde einer geringen Verbesserung der Zulagenberechtigung für die Kinder und Witwen der Abgeordneten zugestimmt und eine Anzahl formale Veränderungen vorgenommen. Der Rest der Abstimmung steht noch aus, ob er auch eine Verbesserung für die Arbeiterpensionäre bringt, steht noch dahin.

Keine burgfriedliche Wahl im 47. ländlichen Wahlkreise.

Die Nationalliberalen scheinen es für ihre Aufgabe zu halten, daß zu sorgen, daß die Erfolgswahl im 47. ländlichen Landtagswahlkreis, die infolge der Mandatsniederlegung des sozialdemokratischen Abgeordneten Richter erforderlich geworden ist, keinen burgfriedlichen Verlauf nimmt. Wie die Chemnitzer Volksstimme aus Thalheim meldet, hat dort eine vom ländlichen Verein angeregte Sitzung von Bürgern und Bürgern stattgefunden, die am vorigen Sonntag stattfand, beschlossen, den Ortsrichter Otto Ebert in Thalheim als Abgeordneten aufzustellen. Der genannte Herr war bei der letzten Hauptwahl in diesem Kreise nationalliberaler Kandidat und kam mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl. Daraus ergibt sich wohl, daß dieser Vorfall von den Nationalliberalen ausgeht, just von der Partei, die sich keiner so ange stellt hat, als wollte sie den Burgfrieden befechten. Die Sozialdemokratie kann allerdings dem Burgfrieden nicht die Bedeutung beimessen, wie die bürgerlichen Mittelparteien; sie hat es auch in der jetzigen Zeit für geboten erachtet, die Wahl ausgestrahlener Reaktionäre zu verhindern. Bei den Nationalliberalen können in diesem Falle solche oder ähnliche Demagogien nicht erhalten. Doch welche Gründe die Herren auch veranlaßt haben mögen, für Sozialdemokraten ergibt sich aus dem nationalliberalen Vorfall der Schluss, alles aufzubieten, den Wahlkreis mit großer Mehrheit zu erhalten.

Weitere Zusammenlegung der Schlachtungen in Sachsen.

Auf Beratungssitzung des Königlichen Ministeriums des Innern soll jetzt auch im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen eine Zusammenlegung der Schlachtungen zwecks Ersparsnis des Fleischverbrauchs und zur Vermeidung von Erziehung übermäßiger Gewinne durch die Fleischer eingeführt werden. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen sind 15 Schlachthöfe gebildet, deren Inhaber das Vieh aufzutreiben, zu schlachten und zu verkaufen und an die Fleischerei ihres Schlachthofs zur Verteilung an die Verbraucher abzugeben haben. Diese Organisation soll am 18. März in Kraft treten und es ist von dieser Einführung nicht zuletzt zu erwarten, daß durch die einheitliche Zubereitung der Wurst diese an Güte und Geschmack ganz wesentlich gewinnen dürfte, was ihr bekanntlich sehr nötigt.

Besichtigungen durch Landtagsabgeordnete.

Immo. Besichtigung der Königlichen Landesirrschafft Voigtsberg und einiger landwirtschaftlicher Betriebe im oberen Vogtland am Montag die Mitglieder der Reichschaftsdeputation der Zweiten Kammer in Cölln i. V. ein. Die 14 Abgeordneten nahmen weiter die Erfas-Sohlen-Kabell von Dr. Sieg in Cölln in Augenschein und mit besonderem Interesse davon Kenntnis, daß sowohl die Herstellung dauerhafter, unbeschädigter, aus imprägniertem Filz gefertigter Schuhsohlen, als auch eines auswendig präparierten Oberleder-Erfass gelungen ist. Am Dienstag früh führten die Abgeordneten nach Werd zur Besichtigung der Tegelwerke und Kunstgewerbe Glashütte und feierten nochmittags nach Dresden zurück.

Vaterlandspartei und Schulzeitung.

Der Sächsische Schulzeitung lag fürstlich eine Sonderbeilage der Vaterlandspartei bei. Das war etwas verwunderlich, weil die Lehrervereinigungen den Lockungen der Vaterlandspartei gegenüber seither standhaft geblieben sind. Wie diese Beilage trotzdem in die Schulzeitung gekommen ist, geht aus einer Erklärung in der letzten Nummer der Schulzeitung hervor:

„Nr. 9 der Sächsische Schulzeitung enthält eine Sonderbeilage der Vaterlandspartei. Wir erklären, daß dieses Blatt mit Werbeteile vom Verlag Julius Klinkhardt der Zeitung ohne unsere Zustimmung beigegeben worden ist. Erst mit dem Erscheinen dieser Nummer 9 ist es in unsere Hände gekommen. Wir haben gegen die Eigentümlichkeit des Verlags sofort Einpruch erhoben. Nach unserer Meinung ist jede parteipolitische Werbearbeit für eine Schulzeitung unzulässig! Heintz, Wehrmann, Vorsteher des Sächs. Pektorat-Vereins, des Eigentümers der Sächsische Schulzeitung, M. Breithfeld, verantwortlicher Schriftleiter.“

Für die notleidenden Deutschen im böhmischen Erzgebirge hat sich ein Kriegshilfs-Ausschuß, der sich aus allen Kreisen von Sachsen zusammenlegt, in Aue im Erzgebirge gebildet. Kurskunst erließ der Vorsitzende Albert Baumann. Es sollen den notleidenden Deutschen Lebensmittel und Kleidung zugeführt werden, wofür gegenwärtig eine Geldsammlung voranstaltet wird. 20.000 M. werden in den nächsten Tagen bereits abgeführt. Die Not ist groß. Es werden dringend Lebensmittel benötigt. Krankeiten wüten. Es wird gebeten, Gelder an die Hauptstellen oder Zweigstellen der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt oder des Chemnitzer Bank-Vereins oder Vereinsbank in Zwönitz zu überweisen. Ratsch. Hilfe tut not!

Waldheim. Eine Geheimschlächterei, die wahrscheinlich schon seit längerer Zeit in größerem Umfang geheimstümlich betrieben worden ist, wurde im benachbarten Reichenbach entdeckt. Es wurden Fleisch und Wurstwaren von mindestens fünf heimlich geschlachteten Schweinen im Bett eines Gewerbetreibenden gefunden und beschlagnahmt. Die Fleischwaren sollen von dem Geheimschlächter zumeist nach Chemnitz zu jedenfalls recht hohen Preisen geliefert worden sein.

Glauchau. Dem Materialwarenhändler Hoffnung ist durch Verfügung des Stadtrates das Geschäft geschlossen worden, weil er statt der ihm durch die Stadt zuweisenen Marmelade höchst minderwertige, zum Teil aus Kartoffeln und Rüben bestehende Ware, die er selbst geschockt hatte, zu verhältnismäßig hohem Preis an die Bevölkerung abgabene und die ihm von der Stadt zugewiesene Marmelade zur Erzielung eines höheren Gewinns bezugt hat.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der an der sächsischen Grenze liegenden Stadt Reichenbach in Bayern drangen in der Nacht zum Montag verwogene Einbrecher in das Schmidtsche Gasthaus ein, sprengten den Kassenkasten auf und stahlen eine hohe Summe; angeblich stehen 82.000 M., mit denen sie sofort verschwanden. — Beim Sammeln von losem Holze im Walde bei Voigtsberg i. V. wurde am Montag die 65 Jahre alte Weißbuche verfaulte St. in Dresden an Bäder, Komitorium, Sauna und Automatenküche. Das Getreide bezahlten sie in Posen mit 25 M., das Mehl verkaufte G. aber mit 180 bis 190 M. den Centner.

Trotz dieser beiden Hauptanglagen in der Untersuchungshaft auf bestreite Weise zusammengekommen sind und sich besprechen können, belasteten sie sich in der Verhandlung gegenseitig und gelten sich der Lüge. G. hatte dem G. im Gefängnis das Verbrechen abgenommen, daß G. alle Schuld auf sich nehmen und den R. entlasten sollte. Dafür wollte der vermögende R. den G. nach Verdüßung der Strafe entschädigen.

Zur Verhandlung decherte sich der Spieß und einer schob die Sache auf den anderen. Trotzdem verlor in der Voruntersuchung den Einfallspreis des Getreides auf 25 M. den Centner beziffert hatten, segte R. in der Verhandlung, er hätte 57 M. bezahlt und G. will den Einfallspreis überhaupt nicht gewußt haben. Neuschel will die geschätzlichen Bestimmungen nicht gelann, aber auch geglaubt haben, daß ihm zugestandene Getreide sei Auslandsgetreide. Es wurde aber in der Verhandlung festgestellt, daß er die Brachbriete gesehen und genau gewußt hat, wobei das Getreide kam. Auch mußte er wissen, daß zur Zeit kein Getreide zu erhalten war, außer durch den Kommunalverband. R. hat aber auch von G. und G. einen Waggon Mühlendinkel empfangen und in Gemeinschaft der beiden weiterverkauft.

Noch einer Bundesratsverordnung dürfen keine zuckerhaltigen Buttermittel in anderer Weise als durch die Einfallsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin bezogen werden. Dieses haben sich die drei Angeklagten vergaßt, außerdem haben sie auch beim Verkauf viel zu hohe Preise gefordert. Schmidt hat von der Gerichts. Z. Zeitung vermaßt. Den Mogenen zu vermaßen hat er sich nicht getraut und Anzeige erstattet. Daraufhin erfolgte behördliche Beihilfennahme desselben. Neuschel wie Schmidt erhielten von König & M. Wohlkohn für den Centner. Als Sachverständige waren

Donnerstag den 7. März 1918

Dresdner Volkszeitung

zwei Wühlendescher geladen, die als Raublohn 90 bis 150 Pf. für den Rentner bezichnen. Hier kommt es auf die Einrichtung der Straße an. Ein Sachverständiger im Betriebshandel bestimmt 1 Pf. pro Tonne (20 Rentner) als den normalen Nutzen beim Handelswaggonweise. Für den Normalverdienst im Wochthandel bei zentralem Verlauf wurden von einem vierten Sachverständigen 5 Prozent angegeben.

Die Mühle von Neufeld ist im Juli 1917 seitens der Amts-hauptmannschaft geschlossen und dabei 2300 Rentner Betriebe beschlagnahmt worden. Aus der Verhandlung erhebt, daß Scat-greide — um dessen Verwendung auf der Eisenbahn zu erlangen — als „Grabssteine“ und „Bretter“ deklariert werden ist. Dabei handelt es sich natürlich um Waggonladungen.

Der Staatsanwalt geholt die Streitarten der Angeklagten aufz knüpfte und bezog die Wucherer und Räuber mit diesen und Gehörn. Bei den ersten drei Angeklagten beantragte er außer längeren Freiheitsstrafen noch empfindliche Geldstrafen, bei Schmidt stellte er die Strafe in das Ermezz des Gerichts. Außerdem verlangte er auch noch Verhörfähigkeit des Urteils. Außerdem noch zwei Verteidiger gesprochen, wurde abends 7 Uhr die Verhandlung beendet.

Kriegsschlüsse in der Dresdner Industrie.

Einen wohlauf glänzenden Abschluß kann die Verwaltung des Sachsenwerkes in Niederschlesien den Aktiengesellschaften für 1917 unterbreiten. Die Gesellschaft war bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit beschäftigt. Der Rohgewinn betrug 9,2 Millionen (i. V. 5,8). Die Abschreibungen betrugen 1,7 Millionen Mark (1,4). Einstücklich 192 546 M. Vortrag verbleibt ein Bruttogewinn von 4,2 Millionen Mark (3,8). Daraus sollen dem Reservesfonds 73 322 M. (0) zugewiesen werden, dem Referendum 11 100 000 M. (500 000), dem Zelfreibekonto 150 000 M. (0), dem Kriegsreferendum 382 500 M. (500 000), dem Kriegsfürsorgekonto für Angestellte wieder 250 000 M., dem Wohnungsfürsorgekonto 250 000 M. (150 000), während für verschiedene soziale Zwecke 200 000 M. (100 000) verwendet werden sollen. Die Dividende wird bekanntlich mit 30 Prozent (20 Prozent) vorgeschlagen. Der Umsatz kommt 1917 auf über 80 Millionen Mark (40) erhöht werden. In der Bilanz sind Maschinenkonto, Betriebszentralkonto, Betriebsanlagenkonto, Werkzeugkonto, Inventarkonto, Modell- und Patentkonto sämlich auf eine Mark abgeschrieben.

Die Aktien und Genußscheine der Aktien-Gesellschaft vom S. Seidel u. Raumann sind in ansonsten steigenden Ziffern begriffen angesichts des zu erwartenden günstigen Abschlusses. Großen Vor teil dürfte die Gesellschaft aus dem deutsch-russischen Wirtschaftsvereinbarung ziehen, der Erfolg der Kriegsschäden vorliegt, denn bekanntlich hat die Gesellschaft beträchtliche Außenstände in Russland in Höhe von etwa 500 000 bis 600 000 M.

Der Aufsichtsrat der A.-G. für Seidel, Maschinenzimmern- und Militärteffekten-Fabrikation vom Heinz Thiele, Dresden schlägt die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent auf die Aktien (30 Prozent) und von wieder 20 M. auf die Genußscheine vor.

Die Verwaltung der Companie Ascerine A.-G. (Tabak- und Zigarettenfabriken) schlägt wieder 20 Prozent Dividende vor.

Seidel u. Außhorn, A.-G. (Schokoladenfabrik) will wieder eine Dividende von 12 Prozent verteilen.

Süßigkeiten.

Ich stehe vor dem Schauspielder eines feineren Konfektionslabens. Es ist höchst arrangiert mit einer Menge von Schachteln, mit rosigem Süßigkeiten aus den Dekeln, sowie mit Spieljochen aller Art, weshalb sich auch ein häuflein Kinder eingefunden hat, lehnenden Blides nach den Herrlichkeitkeiten äugend. Einige besonders große Schachteln sind ohne Deckel, und so lassen mir aus ihrem Innern süße, verlockende Dinge entgegen. Dinge, die das helle Entzücken aller verwöhnten Backfischherzen hervorruhen: Bonbonbons, Pralinen, Konfekt, Cremelangen und was dergleichen süße Sachen mehr sind.

Neben der Getränke ist natürlich auch die Süßerei herabgemindert worden. Wenn der Krieg noch lange dauert, trinken wir uns Brühe von einem Kaffee noch bitterer.

Was nun liegt daran, da die Schuld? Am Auslandungsort? Ich sage nein. Und warum? Weil mir schon das Schauspielder, vor dem ich stehe, beweist, daß genügend Zucker vorhanden ist. Denn wollten wir alle Konfektengeschäfte, die in unserem Deutschen Reich bestehen, zusammenzählen, welche Unzahl würde sich da ergeben. Welche Unmengen von Zucker bedürfen nun die Lieferanten all dieser Süßen? Welche Unmengen, die für die Allgemeinheit so pringend notwendig wären?

Jetzt werden in Dresden polnische Bonbons verkauft, das halbe Pfund für den unverhältnismäßig hohen Preis von 4,25 M. Diese Bonbons sind auch noch mit einer starken Papierumhüllung versehen, die das Gewicht der Ware vermindert. All diese Herrlichkeiten können natürlich nur die besserstudierten Leute kaufen. Die Ausstellung und der Verlauf dieser Waren müssen auf die minderbemittelte Bevölkerung wie Hohn wirken.

Die Entlassung der alten Landstürmer.

Mit dem Beschluss des Reichstags, die alten Landstürmer aus den Geburtsjahren 1860 und 1870 zu entlassen und die von 1871 und 1872 in die Heimat zu versetzen, ist diese Angelegenheit noch nicht endgültig erledigt. Erst müssen die Regierungsbüroden und Oberste Heeresleitung ihr Einverständnis mit diesem Beschluss befinden und seine Ausführung anordnen. Das ist bis heute noch nicht geschehen. Sobald es geschieht, wird die Dresdner Volkszeitung darauf hinweisen, und dann erst sind die Anträge von den dabei Betroffenen zu stellen. Vorher wird es wenig Zweck haben, um so mehr, als die Väter der alten Leute für diesen Fall seit längerer Zeit schon aufgerichtet sind.

Schlechthandels und industrielle Werke. Wie der Regierungspräsident von Düsseldorf in einer Befreiung mit Arbeitern und Unternehmern mitteilte, steht den industriellen Werken ein Verbot des Bezuges und der Verteilung von Schlechthandelswaren an die Fabriken bevor. Die noch vorhandenen Bestände sollen festgestellt und einer Industrievertretung überwiesen werden, die die Verteilung an die Arbeiter regeln soll. Diese Stelle erhält auch die auf der Bahn beschlagnahmten Waren. Solche Maßnahmen gegen den Schlechthandel werden hoffentlich auch anderwärts durchgeführt. Die Arbeiter wollen von den Schlechthandelswaren in den Fabriken und den dafür geforderten Bucherpreisen längst nichts mehr wissen.

Erleichterung der Bezugspflicht für Schuhwaren. Wie das Berliner Tageblatt von unterrichteter Seite erhält, wird für den Bezug von Schuhwaren auf Veranlassung der neu gründeten Reichsstelle für Schuhversorgung in Kürze eine wesentliche Erleichterung der Bezugspflicht erfolgen. Dies soll nur noch für Strafverteidiger von Ledet aufrechterhalten werden. Die gegenwärtig noch bestehende Bezugspflicht für Kriegsgefessel, Sandalen, Filzpannosten usw. wird also in Kürze fortfallen. Das wird von Publikum und Behörden gleichmäßig als sehr erwünschte Entlastung begrüßt werden.

Heraufnahme eines Straftriebes. In der Nacht zum Mittwoch bemerkte der Wächter einer biesigen Höhle einen herrenlosen, großen, vollbartigen Korb und machte der nächsten Polizeiwache davon Mitteilung, die einen Beamten mit an die betreffende Stelle sandte. Als der vorauseilende Wächter dorthin kam, sah er einen Mann mit dem Korb in eine nahe gelegene, schmale Gasse verschwinden. Er und der Generalverfolgten den Flüchtigen und nahmen ihn fest. Auf der Polizeiwache gab der Verhaftete, ein Kriegsinvalid, zu, daß er den Korb mit zehn Vierpfundbrotten, von zwei Mithelfern unterstützt, durch Erbrechen der Tür aus einer Bäckerei gestohlen hatte. Seine Helfer hat er der Polizei angegeben.

Vermischte Nachrichten. Mittwoch nachmittag lief ein kleiner vierjähriger Junge auf der Rosenthaler beim Kreisverkehr in ein Auto. Kopf der Wagenführerin das Auto sofort zum Stehen brachte, ist der kleine an den Folgen des Stoßes gestorben. Der Bogenjäger trifft keine Schuld. Der Vater des kleinen soll im Helle gerollt sein. — Der am 30. Januar 1917 in Köthen verstorbenen Leibmann Gustav Eduard Osterhause hat der Stadt Dresden lebenslänglich 18 000 M. zur Errichtung einer Eduard-Oster- und Clara-Vöhring-Gedächtnishütte ausgesetzt, deren Errichtung in erster Linie Dresdner Einwohnern und vor allem Kriegsbeschädigten zugute kommen sollen. — Die Döbelner Hof zur Löwen Schenke (Schäßburg gelegene) öffentliche Befehle für den Plauenschen Grund wurde im Monat Februar 1918 von 664 Personen besucht. Die Reisekarte ist täglich von 4 bis 8 Uhr, die mit derselben verbundene Ausleihbücherei Montags, Mittwochs und Freitags von 5 bis 8 Uhr geöffnet.

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Freitag den 8. und Sonnabend den 9. März Abholungskarte bei Herrn Döring, hier, und zwar einen Rentner auf Abschnitt 12 der Höhengrundkarte. — Freitag den 8. März Ausgabe von Quart in den biesigen Geschäften, pro Kopf 1/4 Pfund zu 21 Pf.

Strehla. Nährmittelkarten-Anmeldung. Abschnitt III der für die Zeit vom 16. Februar bis 15. März gültigen Nährmittelkarte ist spätestens bis zum 8. März in einem biesigen Produktionsbetrieb anzumelden. Nachmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Borsigkappel. Auf Nummer 29 der grünen Nährmittelkarte können in dem Geschäft, für dessen Kundenliste der Kartennhaber eingetragen ist, 30 Gramm Späße & Co zum Preise von 18 Pf. entnommen werden.

Raudorf. Belieferung des Abschnittes III der 1. Nährmittelkarte auf die Zeit vom 20. Januar bis 16. Februar von Freitag den 8. März an und zwar: gelbe Karte A mit 50 Gramm Hofernahmehilfe und 2 Pfeifen Zwischen; rote Karte B mit 150 Gramm Gruppen; grüne Karte C mit 50 Gramm Kartoffelkuppe und blaue Karte D mit 50 Gramm Kartoffelkuppe und 1 Pfeife Zwischen. Preis für 1 Pfeife Zwischen 10 Pf., für 1 Pfund Gruppen 80 Pf. und für 1 Pfund Kartoffelkuppe 70 Pf. Der Preis für Hofernahmehilfe beträgt pro Pfund 80 Pf. Sardinen und Wurst in Gele kommen am 8. März in allen Geschäften einschließlich der Konsumvereinsgeschäfte von Köthenbrücke und Borsigkappel zum Verkauf. Die Menge bestimmt der Kaufmann. Der Preis für 1 Pfund Wurst beträgt 2 M., für 1 Pfund Sardinen 1,60 M.

Reichenberg. Petroleumverteilung auf dem Kreisgebiet. Freitag den 8. März werden die Inhaber der Betriebskarte A 2 mit 9 Liter und die Inhaber der Petroleumkarte B 2 mit 9 Liter Petroleum beliefert, und zwar von 7—10 Uhr. Der Betriebsinhaber mit den Untergeschäftsstellen A—L und von 10—12 Uhr mittags die Kartennhaber mit den Untergeschäftsstellen M bis Schl. Bezahlung mit passendem Gelde in der Geschäftsstelle Markt 16 gegen Vorlegung der Petroleumkarte; 9/4 Liter Petroleum kostet 27 Pf., 9 Liter 9 Pf. Die gelben Petroleumkarten sind aufzubewahren, da diese demnächst mit Ziffern beschriftet werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Verbandstag der Bauarbeiter.

Der Deutsche Bauarbeiterverband tritt am Montag in Nürnberg auf seinem zweiten ordentlichen Verbandstag zusammen, der statutgemäß schon im Jahre 1915 hätte abgehalten werden sollen. Der wichtigste Beratungspunkt wird die Neugestaltung des Verbandsstatutes sein. Bisher wurden im Verband Beziehungen mit 44 Wochen erzielt, nun soll die Belegschaft auf 52 Wochen aufgestockt werden. Gleichzeitig wird eine Erhöhung der Beiträge und Einsparung weiterer Kosten vorgeschlagen. Entsprechend den Beiträgen werden auch die Unterstützungen einer Neuordnung unterzogen. Werde daher in den Wintermonaten Januar und Februar keine Arbeitseinschränkung drohen, so soll sie nämlich das ganze Jahr zur Ausbildung kommen mit wesentlich erhöhten Sätzen. Auch die Streikunterstützung wird erheblich erhöht. Die Rentenunterstützung soll vereinbart werden.

Ein wichtiger Tagessordnungspunkt des Verbandstages ist auch die Geschäftsführung über die Verlängerung des Tarifvertrages. Der Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberbund für das Baumgewerbe läuft bis zum 31. März 1918. Bei den letzten Verhandlungen im November vorherigen Jahres mit den Arbeitgebern im Reichsverwaltungsamt um eine weitere Frist wurde die Tariflösung wurde auch vereinbart, den Tarif und die dazu gehörenden Vereinbarungen und Erklärungen bis zum 31. März 1919 zu verlängern. Der Arbeitgeberbund und Betriebe des Bauarbeiterverbandes haben den Vereinbarungen zugestimmt. Die endgültige Entscheidung über die Tarifverlängerung hat der Verbandstag zu fällen.

In seinem Geschäftsbereich behandelt der Verband die Kämpfe um die wirtschaftliche Verbesserung seiner Mitglieder sehr eingehend. Er heißt darauf, daß wenn der Verbandstag den Vereinbarungen mit den Arbeitgebern zustimmt, die gesamte Leistungsfähigkeit im Mittel für alle Kollegen 40 Pf. für die Stunde betrage.

Die Mitgliedsbewegung zeigt, daß auch in dieser Organisation der Kleinstarbeiterrichtlinien und es langsam wieder auftritt. Am Schluß des zweiten Quartals 1914 zählte der Verband 309 662 Mitglieder, Ende 1914 waren es nur noch 152 622, Ende 1915 88 000 und am Schluß 1916 72 948. Bis zum dritten Quartal 1917 liegt die Zahl dann wieder auf 82 325.

Die Kostenberächnisse des Verbands können als gut bezeichnet werden. In den 4½ Jahren, die der Geschäftsbereich umfaßt, vom 1. Januar 1913 bis zum 30. September 1917, beliefen sich die Neuannahmen der Hauptstelle auf 20 555 031 M. Die Gesamtausgaben der Hauptstelle auf 18 813 148 M. Es verbleibt für diese des Verbands um diese Summe erhöhte summe und bis zum Schluß des dritten Quartals 1917 auf 14 551 314 M. antritt.

Als letzter wichtiger Beratungspunkt steht auf der Tagesordnung des Verbandsstages ein Vortrag über wirtschaftliche und politische Neuordnung. Es dürfte dabei sicherlich zu einer Konsensbildung über die Kriegspolitik der Gewerkschaften und über parteipolitische Fragen kommen. So wird der Verbandsstag nicht nur interne organisatorische Fragen behandeln, sondern auch solche, die das Interesse der gesamten organisierten Arbeiterschaft beanspruchen.

Sächsischer Landtag.

II. Sommer.

85. Sitzung. Mittwoch, 6. März 1918, mittags 12 Uhr. zunächst wird das Präsidium im Einheitsabstand aller Parteien zur Spezialberatung an die Geschäftsbürodeputation verwiesen und darauf der Gelehrtenkunst über

Änderungen der Landtagsgordnung

in allgemeine Beratung genommen.

Abg. Dr. Kaiser (noll): wendet sich gegen § 5 des Geschäftsbürodeputations, der den Präsidium ermächtigt, „en tant que“ Mitglieder des Hauses bis zur Dauer von drei Monaten von den Teilnahmen an den Sitzungen ausgeschlossen. Es besteht die Gefahr, daß mit dieser Bestimmung einmal Mißbrauch gemacht werde. Eine mißliche Mindestzeit könnte mit Hilfe dieser Bestimmung mindestens gemacht werden. Umsofort sei gebeten der Bund auf Ausbau des Rechts der Selbstverwaltung des Parlaments. Die Regierung habe offenbar nicht den Wunsch nach Entwicklung des parlamentarischen Lebens verstanden. Auf dieser Förderung müßten seine politischen Freunde aber bestehen bleiben. Selbstverständlich könne die alte Geschäftsbürodeputation nicht eine Verkürzung der Tagung herbeiführen. Dazu gehört mehr. Die Tagungen würden oft durch ganz andere Gründe als durch ungünstige geschäftliche Verhältnisse verlängert. Vielleicht hilft die Gründlichkeit der Beratungen die Länge der Tagung. Bevorreitungen darf man indessen nicht, daß die Regierung auch nicht feiert — und dies gelte besonders für die gegenwärtige Tagung — ähnlich spät noch, sehr wichtige Gesetzesvorschläge einbringe. Selbstverständlich habe die Regierung das Recht, jederzeit Gesetzesvorschläge einzubringen, auf der anderen Seite muß aber auch die Verkürzung des freien Wortes entschieden entgegengesetzt werden. Umsofort können nur Mittel des Selbstjustiz eingeschlagen. Die Selbstjustiz kann aber besser ausgedeutet werden, wenn das Parlament seine Geschäftsführung selbst bestimme, als wenn der Geschäftsbürodeputation von oben und durch bestimme Gesetze bestimmt werde.

Vizepräsident Bräckhoff (Soz.):

Die Regierung geht mit der Vorlage keinesfalls einen Vertrag von und nur als Schriftsteller bezeichnet werden müsse. Wir müssen eine Paraphrase ganz entzweien. Die Sozialdemokratie sei früher, als sie noch eine kleine Gruppe in der Räume bildete, durch die Handhabung der Geschäftsbürodeputation eine Weile beherrscht worden, die mit den Bestimmungen der Geschäftsbürodeputation und mit den Methoden eines Abgeordneten nicht vereinbar war (Sehr richtig! bei den Soz.), wenn dies vielleicht auch mehr eine Folge der Handhabung der Präsidentengemäß gemacht werden möge. Das Recht der Mindestzeit müsse im Parlament wieder gegeben werden. Die Mehrheit darf nicht in der Regel sein. Die freie Wort zu strengulieren. Wir werden deshalb die Bestimmung in § 8, Ab. 6, ablehnen und, wenn dies nicht möglich sein sollte, die ganze Landtagsgordnung zurückweisen. Der Vereinlichkeit der Geschäftsbürodeputation stimmen wir ohne weiteres zu. Man sollte aber auch die Geschäfte selbst vereinfachen. Das Selbstverwaltungsbereich des Parlaments müßte ebenfalls erweitert werden. Die Geschäftsbürodeputation, die mit uns geben, sollte in der Hauptstelle der Präsidenten nicht mehr die rechte Seite des Hauses dieser Schule recht bald gebrauchen. Weder cellularisch noch politisch habe seine politischen Freunde zur Mitarbeit in der Deputation bereit sein.

Abg. Dr. Wagner (kons.): Von der Landtagsgordnung wurde viel zuviel Fassung gemacht. Jedenfalls seien Vorfälle, die die Regierung nicht weit genug gegangen sei, nicht angebracht. Sie habe von den Säulen gedachten Männer im wesentlichen Recht getragen. Eine Erweiterung der Präsidentengewalt lehnen auch wir zunächst ein für allemal ab. Wir sind auch nicht erbaut von der Bestimmung, die dem Präsidenten zur Verfügung steht, der Regierungsvorsteher zu fordern. Eine solche Pflicht des Präsidenten sei selbstverständlich, braucht also nicht erst gesetzlich festgelegt zu werden. Um allgemein erzielten seine politischen Freunde zur Mitarbeit in der Deputation.

Abg. Dr. Roth (kons.): Bezeichnet den § 8 Ab. 6 für einen liberalen Mann als unausnehmbar. Die dem Präsidenten zur Verfügung stehenden Repräsentanten genügen vollkommen, um die Durchführung einer Empfehlung eines Abgeordneten geführte Ordnung weiter herzustellen. Wenn die Regierung sich nicht zu gehöriger Entschließungen entschließe, würde seine Praktik die Vorlage ablehnen.

Abg. Schulze (links. Soz.): schlägt sich dem Vordereiter an. Die Vorlage sei mehr als düstig in bezug auf eine Neuordnung des Präsidenten. Um so aussichtsloser müsse sein, daß in die Vorlage eingefügt werden, einzelne mißliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürodeputation, die mehrheitlich weibliche Abgeordnete auszuschließen, sei durchaus verfassungswidrig. Die Bestimmung setzt die Präsidenten höher als viel zu reichlich erwiesen. Ungeachtet gehoben ist, ob die Präsidenten nicht in die Geschäftsbürodeputation, sondern in die Geschäftsbürode

